

# Breitseite gegen die Kopfpauschale

AfA-Gesundheitsdebatte: „Bürgerversicherung ist die überlegene Alternative“

**LANDKREIS** • „Die unsoziale Gesundheitspolitik der CDU/FDP-Bundesregierung ist nicht alternativlos.“ Deshalb hat sich die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Landkreis Verden auf ihrer Jahresabschlussveranstaltung für die Einführung einer Bürgerversicherung und gegen die Kopfpauschale ausgesprochen. Die AfA setzt darauf, die solidarische Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu einer Bürgerversicherung auszubauen.

DGB-Kreisvorsitzender Dietmar Teubert kritisierte Schwarz-Gelb vor der AfA dafür, den Weg in die Dreiklassen-Medizin einzuläuten. Gute Versorgung werde nach dem Rösler-Gesetz nur noch der bekommen, wer es sich leisten könne. Deshalb sei die AfA gemeinsam wie die DGB-Gewerkschaften und die großen Sozialverbände aus guten Gründen gegen die Regierungspläne.

Für den SPD-Kreistagsabgeordneten und Vorsitzenden des Sozial- und Gesundheitsausschusses beim Landkreis Verden, Heinz Möller, sei die Bürgerversicherung nachweislich die bessere Alternative, denn nur so lasse sich die chronische Einnahmeschwäche der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig und sozi-

al gerecht kurieren. Deshalb müsse die GKV als Solidarsystem für alle Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden. Dazu müssten die Bemessungsgrundlagen ausgeweitet und dafür auch Kapitaleinkünfte einbezogen werden. Auch die Beitragsfinanzierung müsse wieder paritätisch zwischen Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern gestaltet werden, forderte AfA-Vize Möller.

Der Kreistagsabgeordnete betonte unter Hinweis auf Expertenberechnungen, dass im Gegensatz zur schwarz-gelben Gesundheitsreform eine Bürgerversicherung die

Beiträge um 2,2 Prozentpunkte senken könnte.

Also wirklich mehr Netto vom Brutto für alle gesetzlich Krankenversicherten im Landkreis Verden. Damit könnte auch die von CDU und FDP geplante Beitragserhöhung auf 15,5 Prozent zum 1. Januar 2011 für alle GKV-Versicherten entfallen.

Auch von der SPD-Kreis-



Heinz Möller, Gwendolin Jungblut und Dietmar Teubert (von links) kritisieren die Gesundheitspolitik der Bundesregierung.

vorsitzenden Gwendolin Jungblut wurde auf der Tagung der von der Bundesregierung angestrebte Einstieg in die Kopfpauschale scharf kritisiert. „Die Kopfpauschale ist nicht nachhaltig, sondern gesundheitspolitisch gefährlich und im höchsten Maße ungerecht“, stellte Jungblut unter Beifall fest. Sie begründete diese Aussage damit, dass nach CDU/FDP-Vorstellungen künftige Kostensteigerungen allein durch unbegrenzte Kopfpauschalen von den Kassenmitgliedern geschultert werden sollten.

Dabei treffe die Kopfpauschale Geringverdienende sowie Rentnerinnen und Rent-

ner am stärksten, ergänzte Heinz Möller. Für die AfA sei Gesundheitsminister Rösler nicht der Minister der Versicherten, sondern der Pate der Arbeitgeber, Versicherungskonzerne und Pharmaindustrie, schimpfte auch Dietmar Teubert. Er stellte zum Abschluss der Tagung heraus, dass die Bürgerversicherung der Garant dafür sei, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich daran entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten beteiligten, die Finanzierung auf mehr Schultern verteilt und niemand überfordert werde und der medizinische Fortschritt auch in Zukunft allen zur Verfügung stehe.